



Rückblick - Ausblick - Weihnachtsgrüße

Das abgelaufene Jahr, das als Jahr der Freiwilligen ausgerufen war, hat zwar Veranstaltungen und Lob von vielen Verantwortlichen, aber auch zusätzliche Arbeit für die Freiwilligen Feuerwehren gebracht. Die große Veränderung in unserer Gesellschaft ist jedoch nicht erreicht worden, was besonders an der Frage der Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen deutlich wird. Es ist jetzt wichtig, das Jahr des Ehrenamtes nicht zu beenden, sondern ständig und behutsam für ehrenamtliches Engagement zu werben und dabei ehrenamtliche Betätigung nicht als billige Arbeitskraft anzusehen.

Das Jahr hat uns allen deutlich gemacht, wie gefährlich Feuerwehrdienst sein kann. Wir gedenken aller Opfer, die im vergangenen Jahr ihr Leben im Dienst verloren haben. Wir haben erlebt, wie schnell sich vieles verändern kann und wie sich die Feuerwehren neuen Herausforderungen stellen müssen.

Wir haben bewiesen, dass wir unserem umfassenden Auftrag - Retten, Löschen, Bergen, Schützen - gerecht geworden sind.

Wir werden uns bemühen, die Zusammenarbeit mit unseren Partnern noch weiter zu verbessern. Es wird Aufgabe sein, die Interessen der Feuerwehren und der Kommunen stärker zu vertreten und uns Gehör zu verschaffen. Dazu brauchen wir weiterhin Fachkompetenz nach innen und außen und sind auf ein enges, kameradschaftliches Miteinander angewiesen. Auch über neue Strukturen zur Erreichung der Ziele werden wir nachdenken müssen.

Allen Verbandsmitgliedern, allen, die sich in den Feuerwehren engagiert haben und allen, die uns als Partner bei unseren Aufgaben unterstützt haben, sei herzlich gedankt.



**Ich wünsche Ihnen allen und
Ihren Angehörigen eine friedvolle und
frohe Weihnachtszeit und
ein gutes neues Jahr 2002.**

Franz-Josef Hench, Verbandsvorsitzender

Aktuell aus Landes-, Bezirks- und Kreisfeuerwehrverbänden

Gesetz über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG)

Das Bayer. Staatsministerium des Innern hat einen Gesetzesentwurf zur Einführung Integrierter Leitstellen erarbeitet und in die Verbandsanhörung gegeben. Nachdem mittlerweile alle Organisationen und Verbände ihre Stellungnahme abgegeben haben, ist bereits heute erkennbar, dass im wesentlichen die vorgegebene Richtung zur gemeinsamen Nutzung des Notrufes 112 durch Feuerwehr und Rettungsdienst über Integrierte Leitstellen beibehalten werden kann.

Der Landesfeuerwehrverband Bayern e. V. hat eine umfangreiche Stellungnahme zum landesweiten Projekt abgege-

ben und in Seminaren in jedem Regierungsbezirk über die Problematik sehr ausführlich informiert.

In vier Arbeitsgruppen wurden die organisatorischen, personellen und technischen Details erarbeitet, sodass der Standart für die Integrierten Leitstellen jetzt beschrieben ist. Das Ergebnis der Arbeitsgruppen ist im Internet unter "http://www2.stmi.bayern.de/fachinfo_notruf" veröffentlicht.

Das Alarmierungssystem der Feuerwehren hat sich auch in Unterfranken aufgrund der Rechtslage, dass die jeweiligen kreisfreien Städte und die Landkreise für die Alarmierung der Feuerwehren zuständig sind und in Abhängigkeit vom Gefahrenpotential sowie der Finanzierung unterschiedlich entwickelt. Während der Rettungsdienst mit staatlicher Finanzierung ein System von regionalen Rettungsleitstellen aufbauen konnte, müssen die Feuerwehren jetzt mit massiven Veränderungen bei der Alarmierungsstruktur in ein neues Leitstellensystem einsteigen.

Zum Gesetzentwurf bleibt die spannende Frage, wie die Forderungen des Landesfeuerwehrverbandes nach der Vertretung der Feuerwehrinteressen in einem umgestalteten Zweckverband geregelt wird. Die direkt Verantwortlichen für die Feuerwehren in den Städten und Landkreisen müssen ein Mitspracherecht erhalten noch bevor die Entscheidung über eine Betreiberschaft getroffen wird. Der bisherige Rettungszweckverband hat keine Befugnis, über diese wichtige Frage zu entscheiden.

Es bleibt also abzuwarten, ob und in welcher Form die Anregungen der Feuerwehren in den Gesetzentwurf eingearbeitet werden. Unabhängig davon sollte der Meinungsbildungsprozess bei den verantwortlichen Politikern zum Projekt der Integrierten Leitstelle von Seiten der Feuerwehren unterstützt und gefördert werden.

Gedanken zum Katastrophenschutz

Die schrecklichen Geschehnisse der Terroranschläge am 11. September 2001 in New-York haben die Welt verändert. Wie unfassbar und grausam dieses Geschehen war, wird an der Überlegung deutlich, dass die amerikanischen Einsatzkräfte noch glaubten, ein Unfallereignis bekämpfen zu müssen, während die Welt an den Fernsehbildschirmen verfolgen konnte, dass ein zweites Flugzeug ins World-Trade-Center gelenkt wurde und damit die Zusammenhänge schneller erfassen konnte, als die im ersten Turm arbeitenden Kräfte.

Unter diesen Ereignissen und seinen Folgen muss auch der Katastrophenschutz in Deutschland auf allen Ebenen überprüft und verbessert werden. Wie die Einsätze unter den Stichwort „Milzbrandverdacht“ gezeigt haben, ist der Angstpegel in der Bevölkerung unter dem Einfluß der schnellen weltweiten Berichterstattung gestiegen und hat Auswirkungen auf das Einsatzgeschehen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst gehabt.

Die bisherige Trennung in der Zuständigkeit des Katastrophenschutzes, dass der Bund für den Katastrophenschutz im Rahmen der Verteidigung und die Länder für den Katastrophenschutz bei zivilen Gefahrenlagen zuständig ist, muss neu überdacht werden, weil durch die Terroranschläge eine Bedrohungslage entstanden ist, die eine Bündelung aller Kräfte erfordert. Die Ausstattung der Feuerwehren und Hilfsorganisationen muss noch stärker auf eine allfällige Verwendbarkeit zugeschnitten werden.

Es ist sicher nicht angezeigt, alte Konzepte aus dem Keller zu holen, weil ein wesentlicher Unterschied darin besteht, dass es bei dem, was vorher fast unvorstellbar war, keine Vorwarnzeit gibt.

Bei der Neukonzeption des Katastrophenschutzes im Rahmen der Neuordnung des Zivilschutzes wurde den Feuerwehren der ABC-Dienst übertragen und alle bisherigen Regieeinheiten in die Feuerwehrorganisation übernommen. Die seinerzeit übernommene Ausrüstung ist völlig veraltet, zum größten Teil nicht einsatzbereit und auch nicht geeignet.

Der Bundesinnenminister hat die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen bis 2004 ausgesetzt und bisher im Zentrallager vorhandene Fahrzeuge nur sehr schleppend ausgeliefert.

Weitere Defizite bestehen im Warndienst und in der Führungsausrüstung. Auch der Freistaat Bayern hat seine Beschaffungsprogramme in der Vergangenheit sehr gestreckt.

Wie aus den Medien zu erfahren war, bewegt sich offensichtlich auf der Ebene des Bundes und der Länder etwas, weil Sondermittel von mehreren Millionen zum Schutz vor terroristischen Anschlägen bereitgestellt wurden. Nachdem die

Feuerwehren und die Hilfsorganisationen das Rückgrat des Katastrophenschutzes sind, muss darauf geachtet werden, dass die Mittel auch auf die kommunale Ebene gelangen, damit der Katastrophenschutz besser ausgestattet wird. Der Bezirksfeuerwehrverband hat gegenüber der Regierung von Unterfranken die Situation der Feuerwehren dargestellt und Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Verbesserungen bei der Warnung der Bevölkerung

Das BMI informiert über Verbesserungen bei der Warnung der Bevölkerung über Rundfunk - Seit Montag, den 15.10.2001, ist ein satellitengestütztes Kommunikationssystem in Betrieb, das Warndurchsagen von den Zivilschutzverbindungsstellen zu den Lagezentren von Bund und Ländern sowie zu Landesrundfunkanstalten schnell und flächendeckend überträgt.

Der Bund hat mit dieser satellitengestützten Kommunikationsverbindung von den Zivilschutzverbindungsstellen zu den Rundfunkanstalten und zu den Lagezentren des Bundes und der Länder eine schnelle Verbindung geschaffen. Die Warnung ist gekennzeichnet als Meldung mit höchster Priorität. Die Übertragungszeit für die Meldung beträgt rund 20 Sekunden.

In Zukunft werden somit Warnungen via Satellit an alle Lagezentren und zeitgleich an die Rundfunkanstalten abgesetzt. Außerdem sollen die Lagezentren der Länder mit Empfangs- und Sendestationen ausgestattet werden, damit bei begrenzten Katastrophenfällen auch regional schnell informiert werden kann.

Dieses neue Kommunikationssystem wird durch ein Nachrichtenverteilsystem abgestützt, das mehr als 650 Satellitenempfangsanlagen erreicht. Die Zivilschutzverbindungsstellen und die Warnstelle der Zentralstelle für Zivilschutz erfassen Gefahrensituationen, die aus der Luft und am Boden entstehen können. Geplant ist, in Zukunft auch die privaten Rundfunkanbieter in das System einzubeziehen. Außerdem wird in einem Feldversuch mit der Industrie ein System des Warnrufs über Funkuhren und Mobiltelefonen geprüft.

Motorola BOS – Endspurpakete mit Altgeräterücknahme

Sind Sie noch im Besitz alter BOS - Funkgeräte und wissen nicht wohin damit? Dann bietet Ihnen die Firma Motorola bis zum 31.12.2001, in Verbindung mit dem Neukauf eines GP 900 - FuG 11b, 100 DM für die Inzahlungnahme (defekt oder intakt).

Falls Interesse an diesen Geräten besteht, wenden Sie sich bitte umgehend an Ihren Fachhändler.

„Basarliste“ Vorführergerätelager der Firma Dräger

Die Fa. Dräger teilt, dass sie aus Inventurgründen Vorführergeräte preisgünstig abgibt. Insbesondere geht es vor allem um zwei Pressluftatmer PSS 100 (ca. 2 Jahre alt), jeweils mehrere Lungenautomaten PA 90 (kurzer Schlauch) mit Überdruck Dräger-Steck- und Normaldruck-Schraubanschluss sowie um einen Restbestand von Brandfluchthauben PA-RAT C.

Falls Interesse an diesen Geräten besteht, wenden Sie sich bitte umgehend an Ihren Brandschutz-Fachhändler.

Vorfürhungen Echtfeuer-Container FIRE DRAGON 1

Aufgrund kurzfristig freigewordener Kapazitäten bietet die Firma Dräger ihren Echtfeuer-Übungscontainer FIRE DRAGON 1 an, diesen durch Süddeutschland reisen zu lassen. Die Feuerwehren sind alle sehr herzlich eingeladen, sich über diesen interessanten Bereich zu informieren und sich insbesondere den Betrieb des holzbefeuerten Containers anzusehen.

Vorläufiger Reiseplan:

Samstag, 15.12.2001

Werkfeuerwehr Acordis in Obernburg, Lkr. Miltenberg

Sonntag, 16.12.2001

Feuerwehr Waldbrunn, Lkr. Würzburg

Es steht bereits fest, dass am Samstag und Sonntag jeweils um 10.00 Uhr, um 13.30 Uhr und um 17.00 Uhr die Briefings mit anschließendem Übungsdurchgang erfolgen werden.

Bei Interesse bitte mit der Firma Dräger in Verbindung setzen:

Vertriebsregion Süd, E-Mail: peter.ihlenfeld@draeger.com
Tel. 0 93 06/9 90 40, Fax 0 93 06/9 90 41

Aus Gründen der Gleichberechtigung veröffentlichen wir nach gründlicher Prüfung Angebote / Informationen von Feuerwehrlieferanten, wenn diese wesentliche Vorteile für die Feuerwehren darstellen. Wir behalten uns aus Platzgründen eine Veröffentlichung oder Kürzung vor!

Technik

Hohlstrahlrohre und Elektrizität

In der Vergangenheit war immer wieder das Fehlen einer "normativen" Aussage oder einer Festlegung zur Anwendbarkeit bzw. zu den notwendigen Abständen bei der Anwendung von Hohlstrahlrohren im Bereich elektrischer Gefahren bemängelt worden, entsprechend der Prüfungen gegen elektrischen Durchschlag von CM- bzw. BM-Strahlrohren nach DIN 14 365.

Dies gipfelte in einigen Feuerwehren sogar im generellen Anwendungsverbot dieser modernen Strahlrohrtechnik. Auch im Entwurf der DIN 14 367 (Hohlstrahlrohre) fand sich zunächst trotz gegenteiliger Lehrmeinung des entsprechenden AK aus „rechtlichen“ Gründen eine Prüfung gegen elektr. Durchschlag wieder - und wurde daher wieder als Argument für die Nichtanwendbarkeit der noch ungeprüften Hohlstrahlrohre von einigen Seiten verbreitet.

Wie im Feuermelder von Dr. de Vries (vgl. auch Dr. de Vries, Brandbekämpfung mit Wasser und Schaum, ecomed, 2001) bereits eindeutig belegt wurde, genügt aber schon die elektrische Prüfung der CM- bzw. BM-Strahlrohre in keiner Weise weder irgendwelchen wissenschaftlichen Prüfkriterien noch einsatzpraktischen Erfordernissen. Vielmehr spielen andere Faktoren (z.B. ganz erheblich die Wasserleitfähigkeit) eine weitaus größere Rolle.

Am 9. Oktober 2001 hat der zuständige Normenausschuss FNFV-AA 192.1 aber nunmehr nach mehrstündiger Diskussion einstimmig beschlossen, die elektrische Prüfung für Hohlstrahlrohre aus dem Normentwurf zu streichen, da

- die Einsatzbedingungen (Sichtweiten, elektrischer Zustand) von einer Prüfung nicht erfasst werden können

- Mängel in der Ausbildung nicht durch Technik zu beheben sind
- sie weder wissenschaftlich begründ-, noch wiederholbar ist (fehlerhafte grundsätzliche Prüfkriterien)
- die in Großstädten oder in Akku-Fahrzeugen vorkommende Gleichspannung im Bereich von bis zu 800 V (z.B. Straßenbahn) als Prüfkriterium grundsätzlich fehlt
- die „rechtliche Sicherheit“ dann nur für den Beschaffer bzw. den Leiter einer Feuerwehr, nicht jedoch für den Anwender (Betroffene dann: Maschinist, Fahrzeugführer) gegeben wäre, da die normativen Grenzen (Drücke, Strahleinstellung) kaum an einer Einsatzstelle einzuhalten sind und die Wasserqualität gar nicht betrachtet wird und
- es keinen einzigen berichteten Unfall gibt, der als Argument für eine Prüfung herangezogen werden könnte
- Deutschland das einzige Land ist, indem eine derartige Prüfung vorgesehen ist und eine EU-weite Regelung absehbar ist, in der eine elektrische Prüfung von vornherein als nicht durchsetzbar gilt.

Die Anwendung von Hohlstrahlrohren kann damit ab sofort auch von „Normseite“ her gesehen im Bereich elektrischer Anlagen unter den gleichen Bedingungen wie bei CM- bzw. BM-Strahlrohren erfolgen.

Dies heißt im einzelnen im Bereich elektrischer Anlagen:

- Prüfen, ob überhaupt ein Angriff notwendig ist, wenn die Anlage noch nicht sicher frei geschaltet (und ggf. geerdet) ist
- Sprühstrahl ist IMMER anzuwenden (der Sprühstrahl von Hohlstrahlrohren fächert bereits 1 m hinter dem Strahlrohr auch bei relativ geringer Sprühweite deutlich besser auf, als der von genormten Mehrzweckstrahlrohren).
- es gelten für den Mehrzweckstrahlrohren vergleichbare Literleistungen, Drücke und Spannungen die bekannten Grenzen der DIN VDE 0132.

Jugendarbeit

Herbstdienstversammlung der Unterfränkischen Stadt/Kreisjugendwarte

Am 9. und 10. November 2001 trafen sich in der Feuerwache Aschaffenburg die unterfränkischen Stadt- und Kreisjugendwarte zur ihrer Herbstdienstversammlung.

An der Versammlung nahmen auch die Leiter der verschiedenen Fachbereiche (Öffentlichkeitsarbeit, Wettbewerbe, Jugendring) teil. Am Freitag war auch der Landesjugendfeuerwehrwart Gerhard Barth aus Rückersdorf zu Gast.

Während der Freitagabend dazu diente, den Versammlungsteilnehmern das Konzept der Jugendfeuerwehren des Lkr. Rhön-Grabfeld für den im Jahre 2003 in Bad Neustadt stattfindenden Bayerischen Landesjugendfeuerwehrtag vorzustellen, wurden am Samstag die Anliegen der Unterfränkischen Jugendfeuerwehr thematisiert.

Bei den Beratungen über den vom 19. bis 23. Juni 2003 in Bad Neustadt/Saale stattfindenden Bayerischen Landesjugendfeuerwehrtag, vorgestellt durch KBR Peter Bulheller, kristallisierte sich heraus, das alle unterfränkischen Stadt und Landkreise intensiv an der Ausgestaltung mitarbeiten müssen.

Am Samstagmorgen begrüßten Stadtbrandrat Karl-Georg Kolb (Leiter der Feuerwehr Aschaffenburg) und Oberbürger-

meister Klaus Herzog die Tagungsteilnehmer in der Feuerwache Aschaffenburg.

OB Herzog sagte dabei, dass die Ereignisse des 11. September 2001 seine Verbundenheit zur Feuerwehr nachhaltig beeinflusst haben. Als Vertreter des Bezirksfeuerwehrverbandes Unterfranken hieß der stellvertretende Vorsitzende, Kreisbrandrat Karlheinz Brunner aus Miltenberg, die Versammlungsteilnehmer willkommen.

In einem intensiven Austausch wurden anschließend unter der Leitung von Bezirksjugendfeuerwehrwart Winfried Weidner (Waldbrunn) viele Sachthemen, u.a. Bundeswettbewerb der DJF 2003, Seifenkistenrennen (Unterfrankenpokal 2002), Jahresberichte 2001, Berichte der Kreisjugendwarte, Berichte der Fachbereiche und vieles mehr behandelt, diskutiert und beschlossen.

Nach dem Bericht des Kassiers und dem Ergebnis der Kassenprüfung durch Günter Rupkalvis wurde die Vorstanderschaft der Bezirksjugendfeuerwehr Unterfranken einstimmig entlastet.

Nach einem intensiven und fruchtbaren Meinungsaustausch schloss BJFW Weidner die Veranstaltung.

Peter Nies, BFV Ufr., FR 6

Jugendfeuerwehr Main-Spessart führt erstmals Einsteiger-Seminar durch

Erstmals bot am Samstag, 3. Nov. 2001 die Jugendfeuerwehr Main-Spessart ein Einsteiger-Seminar für „neue“ Jugendfeuerwehrwarte an. Mit diesem Seminar wird Jugendwarten die neu in ihrer Funktion sind gezeigt, wie man mit seiner Jugendgruppe richtig umgeht und einen Unterricht richtig ausarbeitet.

Schon Jahre plant die Jugendfeuerwehr Main-Spessart ein solches Einsteigerseminar. In diesem Jahr hat es nach fünf monatiger Vorbereitungszeit geklappt. Nach kürzester Zeit waren die Plätze ausgebucht. Die Anzahl der Seminarteilnehmern wurde auf 16 beschränkt, um effektiver arbeiten zu können.

Das Seminarprogramm begann mit einer Vorstellungsrunde, die gleichzeitig mit einer Rhetorikübung verbunden war. In freier Rede stellten die Seminarteilnehmer vor laufender Kamera ihren Nachbarn vor. Anschließend wurde die Vorstellung angeschaut und besprochen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Tages bildete die Ausbildungslehre. Hier wurden das didaktische Achteck, die Vier-Stufen-Methode, Ausbildungsformen, -inhalte und -verfahren besprochen. An einem Video wurden in kleinen Gruppenarbeiten das richtige und falsche Verhalten eines Jugendwartes analysiert.

Über die Ausbildungsmittel und organisatorische Bedingungen wurde in einem weiteren Unterricht referiert und gezeigt, welcher Einsatz von Medien bei einem Schulungsabend sinnvoll ist. Die Erarbeitung eines „Roten Fadens“ bildete den Abschluss des rund achtstündigen Tagesseminars.

„Mit diesem neuen Seminarangebot will die Jugendfeuerwehr Main-Spessart den neuen Jugendwarten den Einstieg in die Jugendarbeit der Feuerwehren erleichtern“, betonte Kreisjugendfeuerwehrwartin Brigitte Möller bei der Abschlussbesprechung.

Die einzelnen Unterrichte und Referate wurden von Sven Scheuring (Frammersbach), Alex Hofmann (Karlstadt) und Jochen Kümmel (Rechtenbach) gehalten. Die Seminarleitung hatte KJFW Brigitte Möller.

In der Aussprache regten die Seminarteilnehmer an, noch einen Teil einzufügen, der die unterschiedlichsten Möglich-

keiten der Gestaltung von Gruppenabenden (allgemeiner Jugendarbeit) aufzeigt. Voraussichtlich findet im Frühjahr 2002 ein weiteres Einsteiger-Seminar statt.

Jochen Kümmel, BFV Ufr., FR 6

Termine

- 19.12. **Landkreis Miltenberg**
Jugendwartversammlung
- 11.02. **Landkreis Aschaffenburg**
Jugendwarteitzungen um 19.30 Uhr in Mainaschaff
- 10.03.. **Landkreis Miltenberg**
Kdt.-Dienstversammlung in Eichelsbach
- 19.04. **Regierung von Unterfranken**
Frühjahrstagung der SBR / KBR in der SFS Würzburg
- 09.05.- **Landkreis Main-Spessart**
- 12.05. 125jähriges Gründungsfest der FF Unterwittbach
- 10.05. **Landkreis Main-Spessart**
Festkommers der FF Hafenhof
- 17.05.- **Landkreis Main-Spessart**
- 19.05. 125jähriges Gründungsfest der FF Hafenhof
- 17.05.- **Landkreis Main-Spessart**
- 20.05. 125jähriges Gründungsfest der FF Retzstadt
- 29.05.- **Landkreis Miltenberg**
- 02.06. Kreisjugendzeltlager in Hausen

Änderungen vorbehalten!

In eigener Sache

Auch das Fachreferat 6 - "Öffentlichkeitsarbeit" wünscht Ihnen eine ruhige Adventszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Wir bekanken uns bei allen Leserinnen und Lesern für Ihr Interesse und hoffen auch für das Jahr 2002, dass Sie uns in gewohnter Weise und vielleicht noch intensiver mit Ihren Berichten aus Ihrer Feuerwehr versorgen!!!

Ihr

Fachreferat 6 des BFV Unterfranken e.V.

Impressum:

Herausgeber:

Bezirksfeuerwehrverband Unterfranken e.V.

BFV-Vorsitzender:

Dipl.-Ing. (FH) Franz-Josef Hench, Brandoberrat
Leiter der Berufsfeuerwehr Würzburg

Hofstallstraße 3, 97070 Würzburg

Telefon: (0931) 309060 ; Fax: (0931) 3090639

Layout und Redaktion:

Fachreferat 6 "Öffentlichkeitsarbeit"

Fachreferatsleiter Herbert Steiner, Brandmeister
Anne-Frank-Strasse 31, 63762 Großostheim

Telefon: (06026) 995486 ; Telefax: (06026) 995488 (privat)

Telefon: (06026) 948261 ; Telefax: (06026) 948260 (i.D.)

E-Mail: Herbert.Steiner@t-online.de

Jochen Kümmel

KFV Main-Spessart

Walter Fleckenstein

SFV Aschaffenburg

Gerhard Möldner

SFV Würzburg

Peter Nies

KFV Miltenberg